Gen Au-Rheinau

Saatgut - Gentechnik - Neue Gentechnik

Januar - Februar 2018

26. Februar: Monsanto verklagt Avaaz. Netzwerk soll interne Kampagnen-Daten herausgeben

Das Oberste Gericht des US-Staates New York hat auf Antrag von Monsanto angeordnet, dass das Kampagnen-Netzwerk Avaaz sämtliche internen Daten über seine Glyphosatkampagne an Monsanto übergeben muss. Avaaz hat dagegen Berufung eingelegt und sammelt Spenden, um in den juristischen Kampf gegen den Konzern zu ziehen.

Avaaz ist ein weltweit tätiges Netzwerk von Online-Aktivisten, dem mehr als 46 Millionen Menschen angehören. Sie wenden sich regelmäßig in Petitionen gegen soziale und ökologische Missstände. Avaaz war auch eine der maßgeblichen Organisationen, die dagegen protestiert hat, dass der Herbizidwirkstoff Glyphosat in der EU wieder zugelassen wird.

Zu den Unterlagen, die das Gericht verlangt, gehören laut Avaaz auch die E-Mail-Adressen von mehr als vier Millionen Menschen, die Petitionen zu Glyphosat unterschrieben haben. Der Konzern begründete sein Anliegen gegenüber dem Gericht damit, dass diese Unterlagen notwendig wären, um sich in einem anderen Verfahren verteidigen zu können. In San Francisco klagen Hunderte Krebsopfer auf Entschädigung, die Monsantos Glyphosat für ihre Krankheit verantwortlich machen. Im Zuge dieses Prozesses hatte Monsanto zahlreiche interne Akten veröffentlichen müssen, die deutlich machten, wie der Konzern Wissenschaftler und Behörden beeinflusst hat.

"Sollte Monsanto mit seiner Forderung gegen den vergleichsweise kleinen Verband Avaaz durchkommen, könnte das weitreichende Folgen auch für andere Organisationen haben, die sich mit Konzernen anlegen", schreibt die taz. Auch von Umweltorganisationen wie Greenpeace könnte Monsanto dann interne Informationen verlangen. Dabei geht es nicht nur um die Frage, was Monsanto mit solchen Informationen alles anstellen könnte. Allein die Pflicht, die Daten zu liefern, würde die Arbeit der betroffenen Organisationen monatelang blockieren.

Quelle mit weiteren Links: Infodienst Gentechnik	

24. Februar: Die gekaufte Wissenschaft

Die Zigarettenindustrie hat die Blaupause entworfen, erprobt und für gut befunden: Wie kann man die Wissenschaft so verwenden, dass die Gewinne optimiert werden? Wie kann man wissenschaftliche Ergebnisse so beeinflussen oder – wenn es sein muss – auch fälschen, dass sich in der öffentlichen Meinung und der politischen Arena die Lobbymeinung durchsetzt?

Die von verschiedenen Autoherstellern gegründete Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT) hat diese bewährte Vorgehensweise angewendet. Viele andere Branchen agieren nach demselben Muster, zum Beispiel die Chemie-, Pharma- und Lebensmittelindustrie.

Die Lobbyisten gehen dabei folgendermaßen vor: Zunächst suchen sie geeignete industrienahe Wissenschaftler, die bereit sind, die Meinungen der Unternehmen zu vertreten. Hierbei ist Geld manchmal nur von nachrangiger Bedeutung. Oft ist der Ehrgeiz der Forscher viel wichtiger. Man verspricht ihnen etwa, Publikationen in renommierten Journalen zu unterstützen und so die Wissenschaftskarrieren zu fördern.

(...) zum lesenswerten Beitrag von Prof. Christian Kreiß aus der Süddeutschen Zeitung.

9. Februar: Bayer macht Zugeständnisse

Der Agrarkonzern Bayer will die EU-Kommission mit weiteren Zugeständnissen von der Monsanto-Übernahme überzeugen und bietet Insidern zufolge nun auch den Verkauf seines weltweiten Gemüsesaatgutgeschäfts an. Das komplette Geschäft der Marke Nunhems mit mehr als 2000 Mitarbeitern solle in einem Paket an ein Unternehmen verkauft werden, das in dem Markt noch nicht vertreten sei, erfuhr die Nachrichtenagentur Reuters von Insidern. Daneben biete Bayer dem Wettbewerber BASF eine exklusive Lizenz für seine Plattform mit digitalen Daten für die Landwirtschaft an. Bayer, BASF und die EU-Kommission wollten sich dazu nicht äussern.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 9.2.2018, S. 18.

Die Kommission hat ihre Entscheidung, ob sie die Übernahme wettbewerbsrechtlich genehmigt, unterdessen auf den 5. April verschoben.

Quelle: Infodienst Gentechnik

.....

31. Januar: D-Bundesamt für Naturschutz empfiehlt schnelles Ende des Einsatzes von Glyphosat

Das D-Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat ein Positionspapier veröffentlicht, in dem es empfiehlt, die Anwendung glyphosathaltiger Spritzmittel in Deutschland aufgrund der "erheblichen negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt" so schnell wie möglich zu

beenden. Insbesondere indirekte Auswirkungen auf die Vielfalt und Dichte von Arten seien zu befürchten, so das BfN mit Verweis auf wissenschaftliche Studien. Weitere Forderungen des BfN: Wenn Behörden über die Zulassung von Pestiziden entscheiden, müssten sie die negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und Agrar-Ökosysteme sowie Kombinationswirkungen verschiedener Wirk- und Zusatzstoffe berücksichtigen. Bei der Zulassung von herbizidresistenten Gentechnik-Pflanzen sollte der Einsatz der dazu passenden Herbizide mit geprüft werden. Bis zu ihrem endgültigen Verbot sollte der Einsatz glyphosathaltiger Pflanzengifte durch Auflagen maximal beschränkt werden.

Quelle und mehr Informationen: Medienmitteilung BfN

Zum Positionspapier: Auswirkungen von Glyphosat auf die Biodiversität

.....

Europaparlament setzt Sonderausschuss zu Glyphosat ein

Das Europaparlament wird einen Sonderausschuss zum EU-Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel einsetzen und dabei auch die bereits erfolgte Neuzulassung des Pflanzenschutzmittelwirkstoffs Glyphosat untersuchen. Der vom Plenum am 6. Februar berufene Ausschuss soll dabei die sogenannten Monsanto Papers und die Rolle der EU-Kommission in Sachen Glyphosat ins Visier nehmen. Außerdem ist vorgesehen, die personelle und finanzielle Ausstattung beratender EU-Agenturen, wie die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), zu analysieren. Auch mögliche Interessenkonflikte der verschiedenen Teilnehmer des Zulassungsverfahrens sollen von dem Sonderausschuss unter die Lupe genommen werden. Das Gremium wird für eine Dauer von insgesamt neun Monaten eingesetzt.

Quelle und mehr Informationen: Topagrar

Neue Gentechnik

1. März: Start der Petition "Neue Gentechnik-Verfahren dem Gentechnik-Gesetz unterstellen". Vier Organisationen starten Kampagne zur Regulierung der neuen Gentechnik

Die von der Kleinbauern-Vereinigung lancierte <u>Petition</u> ist Teil der Kampagne "Keine Gentechnik durch die Hintertür!" von der Schweizer Allianz Gentechfrei, StopOGM, Gene Watch und IG Saatgut.

Anhand verschiedener Beispiele – wie Äpfel, Bienen, Schweine und Kühe – erklärt die <u>Kampagnenwebseite</u>, was technisch gemacht wurde, welche Ziele mit den Veränderungen

verfolgt werden, welche Risiken die technischen Eingriffe haben und welche Folgen eine Freisetzung für die Landwirtschaft und die Umwelt haben könnte.

.....

28. Februar: Testbiotech veröffentlicht Rechtsgutachten zur Stellungnahme des Generalanwalts des EuGH

Am 18. Januar positionierte sich der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu der Frage, ob das sogenannte Genom-Editing unter die Gentechnikgesetzgebung der EU fällt. Im Auftrag von Testbiotech befasste sich jetzt der EU-Rechtsexperte Professor Dr. Ludwig Krämer mit der Einschätzung des Generalanwaltes. In seinem Gutachten äußert Krämer deutliche Kritik an der Position des Generalanwaltes.

Gemäss dem Gutachten von Krämer fallen die neuen Gentechnik-Verfahren eindeutig unter den Geltungsbereich der EU-Richtlinie 2001/18. Demnach sind Züchtungsverfahren nur dann von der Gentechnikregulierung ausgenommen, wenn diese bereits bei Inkrafttreten der EU-Richtlinie "seit langem als sicher" angesehen wurden. Bei den neuen Gentechnik-Verfahren sei dies aber nicht der Fall.

Krämer weist darauf hin, dass der Generalanwalt auch in Bezug auf die Interpretation des Vorsorgeprinzips zu einer unzutreffenden Einschätzung komme: Wenn es Unsicherheiten in der Einschätzung der Risiken von neuen Gentechnik-Verfahren gebe, müsse der Gesetzgeber die Risiken vor einer Kommerzialisierung untersuchen lassen. Entsprechende Regelungen müssten EU-weit angewendet und dürften – anders als der Generalanwalt dies formuliert – nicht den einzelnen EU-Mitgliedsländern überlassen bleiben.

Falls der EU-Gerichtshof der Meinung des Generalanwaltes folge, könnten sich in der EU erhebliche Lücken in der Gentechnikregulierung ergeben. In diesem Fall wäre es nach Ansicht von Testbiotech unerlässlich, dass die Politik aktiv wird, um beispielsweise unkontrollierte Importe oder Freisetzungen zu verhindern.

Testbiotech betont, dass es in der Bewertung der neuen Gentechnik-Verfahren keineswegs nur um rechtliche Fragen geht. Vielmehr sind die Methoden des Genom-Editing in ihren Verfahren und Risiken auch dann von denen der konventionellen Züchtung unterscheidbar, wenn keine Gene über die Artgrenzen übertragen werden. Um diese Unterschiede möglichst einfach und verständlich zu erklären, hat Testbiotech zwei kurze Texte zu den Unterschieden zwischen CRISPR/Cas und der bisherigen Mutationszüchtung veröffentlicht.

Quelle und Links zum Rechtsgutachten sowie zu den beiden neuen Factsheets (zu CRISPR
Cas und zu "konventioneller" Mutationszüchtung: <u>Testbiotech</u>

22. Februar: Bauernorganisationen in Brasilien protestieren gegen geplante Änderung der Biotechnologieregulierung, die auch eine Freisetzung von Gene-Drive-Organismen erlauben soll

Die National Coalition of Farmworkers and Rural, Water and Forest Peoples hat auf einem Treffen Anfang Februar gegen eine Resolution protestiert, die am 15. Januar durch die nationale Biosicherheitskommission verabschiedet wurde. Diese sieht vor, dass Organismen, die mit dem Gene-Drive-Mechanismus ausgestattet wurden, ohne nennenswerte Auflagen freigesetzt werden können. Wenn die Resolution angenommen würde, wäre Brasilien das erste Land weltweit, das die Freisetzung von Gene-Drive-Organismen erlauben würde.

Die neue "normative Resolution" erlaubt der Biosicherheitskommission über die Zulassung von Produkten zu entscheiden, die mit Hilfe neuer Techniken entwickelt wurden (im Entwurf ist von innovativer Präzisionszüchtung die Rede). Wenn die Kommission diese nicht als Gentechnik einstuft, können sie ohne Riskobewertung und Kennzeichnung auf den Markt kommen. Unter den Techniken, die die Kommission aufführt, sind verschiedene neue Gentechnik-Verfahren, darunter auch CRISPR und die Gene-Drive-Technologie.

Unterstützung erhalten die Bauernorganisationen von brasilianischen Wissenschaftlern sowie von Organisationen wie der kanadischen ETC-Group, die das Thema Gene Drive seit Monaten kritisch begleiten.

Quelle	und me	ehr Infor	matione	n: <u>ETC</u>	Group	

Lateinamerika als Vorreiter in Sachen De-Regulierung der neuen Gentechnik?

Wie die <u>Alliance for Science</u> der (als Pro-GVO dominierten) Cornell University in ihrem Blog berichtet, scheinen verschiedene lateinamerikanische Länder eine Vorreiterrolle in Sachen De-Regulierung der neuen Gentechnik incl. Forschungsförderung in diesem Bereich spielen zu wollen:

- So sollen Wissenschaftler*innen eines staatlichen Forschungsinstituts in Argentinien nicht-bräunende ("non-browning") Kartoffeln und hypoallergene Milch (also Milch ohne allergieauslösende Stoffe) mit Hilfe von Genome Editing entwickelt haben.
- Forscher*innen aus Argentinien sollen mit Hilfe von CRISPR Rennpferde verändert haben, um deren Leistung zu steigern.
- Wissenschaftler*innen aus Chile nutzen CRISPR, um verschiedene Krankheiten beim Lachs zu erforschen.
- In Kolumbien wird mit Hilfe von CRISPR an Kassava, Reis und Bohnen gearbeitet.

- Die Landwirtschaftsminister von Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay and Uruguay haben eine Erklärung zu Produkten aus alter und neuer Gentechnik unterschrieben, in der festgehalten ist, dass die Länder ihre Regulierungsauflagen einander anpassen und Handelsbarrieren abbauen wollen. Auch bzgl. des Handels mit Drittstaaten wollen die Länder sich für gemeinsame Standards einsetzen.
- Argentinien, Brasilien und Chile wollen eine Vorreiterrolle im Bereich der De-Regulierung neuer Gentechnikprodukte spielen: "Following the leadership that Brazil and Argentina have shown in the adoption of transgenic crops, both countries move to the front in the regulation of crops edited with NBTs, such as CRISPR. Already in 2015 Argentina became the first country in the world to publish a regulation for NBTs that requires analysis on a case-by-case basis. It won't regulate NBTs as GMOs if there is no transgene inserted. Additionally, during 2017 it published a regulation for the case of gene edited animals. Chile signed a normative resolution for NBTs in 2017 and Brazil published a resolution in January 2018. Both regulate NBT case-by-case and exempt them from regulation when there is no insertion of transgenes. In Chile and Argentina there are already biotechnological developments under evaluation."

.....

19. Februar: Gentechnik-,,Doppelmuskeltiere" für die Fleischindustrie

Mit Hilfe neuer gentechnischer Verfahren sollen Nutztiere mit erhöhtem Muskelwachstum geschaffen werden. Die Rede ist von sogenannten "Doppelmuskeltieren". In verschiedenen Experimenten mit Schweinen, Kühen, Schafen und Ziegen wurde versucht, das Myostatin-Gen (MSTN), welches das Muskelwachstum kontrolliert, auszuschalten. Im Resultat sollen sich die Muskelzellen unnatürlich stark vermehren können. Bei einigen Tieren in China ist dies bereits gelungen. Es wurden sogar schon Patente auf entsprechende Schweine und Rinder angemeldet.

Dabei stehen wirtschaftliche Interessen klar im Vordergrund, das Tierwohl wird ausgeklammert. Bei Doppelmuskel-Ferkeln kam es zu erheblichen Problemen: Bei ersten Versuchen in China entstanden aus 900 Embryonen nur acht Ferkel mit den gewünschten gentechnischen Veränderungen. Alle starben in den ersten Monaten. Die Ferkel litten an Gesundheitsproblemen wie verdickten Zungen. Bei weiteren Versuchen wurden nach vielen Versuchen auch scheinbar gesunde Exemplare geboren. Aussagen über deren tatsächlichen Gesundheitszustand zu treffen, ist jedoch schwierig, weil sie schon früh für weitere Untersuchungen getötet wurden.

Quelle und mehr Informationen: Testbiotech

(Wenn man im Internet nach "Double muscle, animal, CRISPR" sucht, bekommt man auch Bilder zu sehen: Widerwärtig!)

.....

9. Februar: Schweizer Bauernverband mahnt zur Vorsicht bei neuen Gentechnikverfahren

Am 1. Februar 2018 haben der Schweizer Verband der Ingenieur-Agronomen und der Lebensmittel-Ingenieuere (SVIAL), die Schweizerische Gesellschaft für Lebensmittel-Wissenschaft und -Technologie (SGLWT), und das Swiss Food Research einen "Business Event" mit dem Titel "Copy & Paste. Landwirtschaft und Nahrungsmittel im Zeitalter neuer Pflanzenzüchtungsmethoden" veranstaltet. Die beiden Einführungsvorträge wurden von bekannten Pro-Gentechnik-Vertretern gehalten: Professor Wilhelm Gruissem, ETH Zürich (Was ist Genom-Editierung und was kann die Methode?) und Dr. Philipp Aerni, Universität Zürich (Wie reagieren die Konsumenten auf Nahrungsmittel, die mit Genom- Editierung entwickelt wurden?). Auch der Schweizer Bauernverband (SBV) war zu einem Statement eingeladen. Wie das Interview mit Martin Rufer, Leiter des Departement Produktion, Märkte und Ökologie des SBV zeigt, äusserte sich dieser erfreulich zurückhaltend.

Zitat: "Ob sie [die neuen Methoden] die Erwartungen erfüllen, muss sich zuerst zeigen. Zudem ist aus Sicht des SBV nicht schlüssig erwiesen, dass die neuen Methoden keine unbeabsichtigten negativen Nebenwirkungen haben. Aus unserer Sicht ist daher bei den neuen Züchtungsmethoden die notwendige Vorsicht zu wahren. (...) Es wäre fahrlässig, einfach auf die neuen Methoden zu hoffen. Da es auch gute bestehende Züchtungsmethoden gibt, in die investiert werden sollte. (...) Es bringt nichts, mit den neuen Methoden Lebensmittel zu produzieren, die niemand kaufen will. (...)".

Zum Interview in der BauernZeitung vom 9. Februar 2018

.....

7. Februar: Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit sollen bei der Regulierung von CRISPR "gewährleistet" werden – heisst es im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

Eine mögliche große Koalition in Deutschland will den Gentechnik-Anbau bundesweit einheitlich verbieten. Das steht im Koalitionsvertrag, den CDU, CSU und SPD am 7. Februar beschlossen haben. Die "neuen molekularbiologischen Züchtungstechnologien" sollen so geregelt werden, dass das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit der Verbraucher gewährleistet werden. Ob die SPD tatsächlich in die Koalition eintritt, werden ihre Mitglieder bis 2. März entscheiden. Bei der CDU wird sich am 26. Februar ein Parteitag mit der Frage befassen.

"Wir halten an der Saatgutreinheit fest", heißt es im Koalitionsvertrag weiter. Gemeint ist, dass das Saatgut, das in Deutschland ausgebracht wird, frei von gentechnisch veränderten Bestandteilen sein soll. Und: "Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Ebenso das Klonen von Tieren zur Lebensmittelerzeugung."

Da das Agrarministerium der CDU zugeschlagen wurde, wird der aktuelle Ressortchef Christian Schmidt (CSU) der neuen Regierung wohl nicht mehr angehören. Als künftige Ministerin ist nach Medienberichten die rheinland-pfälzische CDU-Vizevorsitzende Julia

Klöckner im Gespräch. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) könnte ihr Ressort dem Vernehmen nach behalten.

Quelle und mehr Informationen: Infodienst Gentechnik

.....

5. Februar: Neuer Anlauf zur Reform der Biotech-Gesetzgebung in den USA

Ende 2017 wurde ein Prozess zur Überarbeitung der Biotech-Gesetzgebung in den USA, der noch von der Obama-Regierung angestossen wurde, vom Animal and Plant Health Inspection Service (APHIS) der USDA gestoppt. Da einige Verschärfungen der Regulierung – insbesondere im Bereich gentechnisch veränderter Tiere – vorgesehen waren, wurde dieser Schritt von der Agrarindustrie sehr begrüsst. Nun zeigt sich die Trump-Regierung offen für eine Überarbeitung der vor 30 Jahren erlassenen Regulierung – und möchte hierbei Vorschläge der Biotech-Industrie entgegen nehmen. Vertreter der USDA und der APHIS begrüssten diesen Vorstoss und zeigten sich offen für Gespräche.

Quelle und mehr Infos: <u>IEG Policy</u>

30. Januar 2018: Schwedische Forscher entwickeln gentechnisch veränderte "Diät-Kartoffel" – ähnliches Projekt mit Hilfe von CRISPR geplant

Forscher der Schwedischen Universität für Agrarwissenschaften (SLU) haben eine Kartoffel entwickelt, die Verbraucher beim Umgang mit einer Diabeteserkrankung unterstützen könnte.

Wie die Universität berichtete, enthält die neue <u>Kartoffel</u> einen erhöhten Anteil an sogenannter resistenter Stärke. Dabei handelt es sich um Stärke, die zwar chemisch genauso aufgebaut ist wie die üblichen langkettigen Kohlenhydrate. Aufgrund ihrer abweichenden molekularen Struktur kann diese Stärke aber nicht ohne weiteres durch menschliche Verdauungsenzyme abgebaut werden. Die resistente Stärke zählt daher zu den Ballaststoffen.

Nach Darstellung der am Projekt beteiligten Wissenschaftler bringt ein erhöhter Anteil solcher unverdaulichen Kohlenhydrate etliche Vorteile mit sich. Sie verringerten den Kaloriengehalt der Mahlzeit, förderten das Wachstum nützlicher Darmbakterien sowie die Verdauung und wirkten sich zudem günstig auf den Glukosespiegel und den Insulinhaushalt aus.

Laut der Universität zielte das Forschungsprojekt konkret auf die Erhöhung des Amylosegehalts im Stärkeanteil der Kartoffel. Dieser liegt in herkömmlichen Sorten bei etwa 25 %, während der Rest der Stärke aus hochverdaulichem Amylopektin besteht. Im Rahmen der gentechnischen Veränderung der stärkebildenden Enzyme habe sich ergeben, dass neben einem erhöhten Amylopektin-Anteil auch eine Veränderung der Amylose eingetreten sei, die nun ähnliche Eigenschaften aufweise wie die resistente Stärke Amylose, erläutert die

SLU. Damit würden die ernährungsphysiologischen Vorteile der neuen Kartoffelstärke noch ausgeprägter.

Da die Zulassung einer gentechnisch veränderten Kartoffel in Europa nicht zu erwarten ist, wollen die schwedischen Forscher eine Sorte mit ähnlichen Eigenschaften mit Hilfe der Genomediting-Methode CRISPR/Cas entwickeln.

Quelle: proplanta

.....

Position der Ö-Arbeitsgemeinschaft für Gentechnik-frei erzeugte Lebensmittel (ARGE Gentechnik-frei) zur neuen Gentechnik

Die Arbeitsgemeinschaft für Gentechnik-frei erzeugte Lebensmittel (ARGE Gentechnik-frei)* aus Österreich hat bereits im Januar eine sehr klare <u>Position zu den neuen Gentechnik-Verfahren</u> veröffentlicht.

* Die ARGE Gentechnik-frei wurde 1997 als Verein gegründet - mit dem Ziel, verlässliche Rahmenbedingungen für Produktion, Kennzeichnung und Kontrolle von Gentechnik-freien Lebensmitteln zu schaffen. (Es ist eine ähnliche Organisation wie der VLOG aus Deutschland. Es wird ein eigenes <u>Label</u> vergeben. <u>Mitglieder</u> sind u. a. auch die grossen Einzelhändler, Verarbeiter etc.).

Zitat: "Sämtliche Prozesse, die zielgerichtet in den Gen-Bestand von Pflanzen bzw. Tieren eingreifen, sind als gentechnische Verfahren zu bezeichnen, auch wenn allenfalls die Endprodukte der Prozesse nicht als GVO bezeichnet werden."

Verschiedenes

- <u>Dokumentation (Film, 30 Min.) zum Thema Solidarische Landwirtschaft</u> vom Verein Zwischenzeit e. V. aus Münster. Der Film erscheint im Rahmen des Projektes "Andere Welten vor der Haustür solidarische und ökologische Projekte in Deutschland und Europa".
- In dem vom D-Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekt <u>Future/Food/Commons</u> wurden alternative Netzwerke zur Nahrungsmittelversorgung in Deutschland anhand dreier Modelle untersucht: Solidarische Landwirtschaft, Food Coops und Selbsterntegärten. Die Ergebnisse aus Literaturstudien, Befragungen in drei deutschen Metropolregionen und einer Workshop-Reihe sind soeben in einer Broschüre erschienen: <u>Future Food Commons:</u> Alternative Netzwerke zur Nahrungsmittelversorgung